



Die Stadt braucht jetzt schnell große Schritte Berlin wohin? - Ergebnisse und Forderungen des Berlin- Forums vom 22. Juni 2023

Berlin Forum
c/o Stiftung Zukunft Berlin
Koordination: Anett Szabó
Klingelhöferstraße 7
10785 Berlin
Tel.: +49 (0)30 263 92 29-14
szabo@stiftungzukunftberlin.eu
www.berlinforum.berlin

Berlin hat nun einen neuen Senat und Berlin hat jetzt keine Zeit mehr für Verzögerungen bei den großen Projekten zur Modernisierung der Stadt. Schon in drei Jahren steht die nächste Wahl an, der nächste Wahlkampf beginnt noch früher. Es ist deshalb jetzt wichtig, noch in diesem Jahr starke Impulse der Veränderung zu geben. Die Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Breite und Vielfalt ist es, die dabei den Ton mitbestimmt, die als Impulsgeberin unverzichtbar ist, die aber in dieser Vielfalt auch immer gemeint sein muss, bis hin zum Wahlrecht.

Das Berlin-Forum hat sich am 22. Juni unter der Überschrift „Berlin wohin?“ mit den Richtungsfragen beschäftigt, die jetzt anstehen. Insbesondere die innere Struktur der Stadt, ihre Organisiertheit, ist seit langem als ein zentrales Problem identifiziert. Die Lösungsvorschläge dazu liegen auf dem Tisch. Nötig ist jetzt schnelles und konsequentes Handeln. Aber die Stadt braucht – zumal angesichts des aktuellen Handlungsdrucks – dabei stets auch den Blick auf die längerfristigen Perspektiven. Im Tageshandeln muss deutlicher werden, wohin sich die Stadt insgesamt entwickeln soll, auf welchem Umsetzungspfad sie sich bewegt. Berlin braucht ein positives Bild der eigenen Zukunft, eine anschlussfähige Vision für die langfristige Entwicklung.

I. Visionen für Berlin

Die städtischen Probleme sind immer konkret und oft nur kleinteilig bearbeitbar, aber darin darf sich die Stadtpolitik nicht erschöpfen. Das Berlin-Forum sieht deshalb den Bedarf an einer verstärkten Debatte über die langfristigen Perspektiven der Stadt. In konkreten Verbesserungen muss immer auch die Richtung deutlich werden, in die sich die Stadt als Ganzes entwickeln soll. Das wird in der Tagespolitik zu oft hintangestellt.

Umso wichtiger ist, dass die Stadtgesellschaft insgesamt immer wieder die Diskussion über die langfristigen Perspektiven führt. Dass sie den weiten Horizont sucht statt engem Denken. Und dass Berlin sich dabei etwas zutraut, unter anderem auch bei der Ausrichtung großer Veranstaltungen mit überregionaler und internationaler Ausstrahlung.

In den konkreten Tagesdebatten zeigt sich nicht selten, dass nur ein solcher längerfristiger Denkansatz konkrete Gegensätze auflösen und Wege öffnen kann. Das hochstrittige Thema Mobilität und Verkehr, die häufig kontrovers



diskutierte Frage von nationalen und internationalen Großveranstaltungen, das Verhältnis Berlins als Hauptstadt zu den großen nationalen Debatten-themen: Stets ist die Versuchung groß, sich allein auf die lokalen Aspekte zu beschränken und den größeren Horizont auszublenden.

Gerade Berlin braucht Visionen, Ideen für die längerfristige Perspektive und ihre Bündelung in Leitbildern. Die deutsche Metropole als Ort historischer Umbrüche, die ehemalige Mauerstadt als Platz für die Freiheit der Lebens-entwürfe, die moderne Metropole als Stadt der Vielfalt und Akzeptanz von Unterschiedlichkeit, zugleich aber basierend auf einem stabilen gemeinsamen Wertefundament: Das Berlin-Forum möchte Mut machen, diese großen Themen, mit denen die Identität der Stadt beschrieben und weiterentwickelt werden kann, wieder stärker ins Zentrum zu rücken.

Dabei ist immer die Verknüpfung mit den konkreten aktuellen Themen wichtig. Das Thema Verwaltungsreform steht geradezu modellhaft dafür. Wenn es nicht schnell gelingt, die Enge des bisherigen Zuständigkeits-denkens zu überwinden, werden es große Ideen in Berlin künftig noch schwerer haben. Aber Berlin braucht sie – und Berlin hat das Potenzial dafür.

II. Umsetzung der Verwaltungsreform

Im Anschluss an eine Berlin-Forum-Sitzung im Juni 2022 hatte die AG Stadtmanagement des Forums zusammen mit einem breiten Bündnis von 24 zivilgesellschaftlichen Organisationen ein Konsenspapier zur Verwaltungsreform entwickelt, in dem klar voneinander abgegrenzte Zuständigkeiten zwischen der Senatsebene und den Bezirken, Regelungen zur einheitlichen Wahrnehmung von Aufgaben, die im Gesamtinteresse der Stadt liegen, sowie Maßnahmen zur Stärkung der Handlungsfähigkeit der Bezirksverwaltungen gefordert werden.

Wesentliche Inhalte des Papiers, die zuvor auch mit den für die Reform verantwortlichen Senatsbehörden diskutiert worden waren, sind in die Eckpunkte zur Verwaltungsreform eingeflossen, die der alte Senat noch vor der Wiederholungswahl im Februar beschlossen hat und zu denen sich auch die neue Regierungskoalition bislang bekannt hat.

Zwischenzeitlich hat sich der Rat der Bezirksbürgermeisterinnen und -bürgermeister konstruktiv und wohlwollend zu den Eckpunkten geäußert. Hieran gilt es zur Vorbereitung der weiteren Konkretisierung des Reformvorhabens anzuknüpfen. Sowohl mit dem Regierenden Bürgermeister und seiner neuen Staatssekretärin in der Senatskanzlei, Frau Klement, als



auch mit den auf Bezirksebene Verantwortlichen müssen nun insbesondere sehr zeitnah die folgenden Punkte weiter erörtert werden:

- Kurzfristig müssen ein Katalog der Zuständigkeiten von Bezirken und Senatsbehörden und vor deren Hintergrund klare Regelungen zur Verwaltungssteuerung und zu Eingriffsmöglichkeiten erarbeitet werden.
- Einigkeit sollte schnell darüber hergestellt werden, welche Neuregelungen auf der Ebene des einfachen Gesetzes bewirkt werden können und wozu – ggf. zu einem späteren Zeitpunkt – Verfassungsänderungen nötig sind.

Nicht zuletzt müssen sehr schnell wirksame Maßnahmen für die künftige Personalgewinnung auf allen Ebenen der Berliner Verwaltung ergriffen werden, wozu auch eine Optimierung des Personalmanagements, insbesondere im Verhältnis der bezirklichen Ebene zum Senat gehört.

Alle wesentlichen Parteien stehen hinter dem Eckpunktepapier. Sie sind damit einverstanden, dass es eines transparenten Umsetzungsmonitorings bedarf, um sicherzustellen, dass diese große Aufgabe in der vorhandenen Zeit gelöst wird. Deutlich wurde beim Berlin-Forum auch, dass damit auf der Ebene der Bezirke und der Senatsverwaltung Vereinbarungen und konstruktive Zusammenarbeit möglich sind.

Das Berlin-Forum dringt darauf, diese Punkte in den kommenden Wochen aufzurufen und in Gesprächen zwischen den Landesbehörden sowie zwischen Verantwortlichen und Stadtgesellschaft zu konkreten Gesetzesvorschlägen zu kommen. Wir fordern Senat und Abgeordnetenhaus auf, die einfachgesetzlichen Regelungen möglichst noch in diesem Jahr zu verabschieden. Im Interesse der Entscheidungs- und Funktionsfähigkeit der Stadt muss dieses seit Jahren diskutierte Thema jetzt zügig angepackt werden, um Blockaden zu lösen und in der Stadt eine Stimmung des Aufbruchs mit neuen Perspektiven möglich zu machen.